

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten Stefan Gelbhaar (GRÜNE)

vom 05. März 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. März 2013) und **Antwort**

#### Heilbar? Zu den Auswirkungen der neuen S-Bahn-Ausschreibung.

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wann wird die neue bzw. geänderte Ausschreibung für die S-Bahn-Leistungen ab Ende 2017 auf dem Ring und den Zubringern aus dem Südosten publiziert?

Antwort zu 1.: Die Bekanntmachung wurde im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union vom 11. April 2013, Seite 71 (2013/S 071-118352) veröffentlicht.

Frage 2: Welche konkreten Änderungen sind bei der S-Bahn-Ausschreibung in Arbeit?

Antwort zu 2.: Die Änderungen werden bereits umgesetzt. Die Verdingungsunterlagen werden an die geänderte Laufzeit angepasst. Neu zu entwickeln ist insbesondere eine umfassende Regelung für die Übergabe der Fahrzeuge, Werkstattkapazitäten und Ersatzteile – sei es an die Länder oder an einen von ihnen beauftragten Nachfolgebetreiber - am Ende der Vertragslaufzeit, um die Nutzbarkeit der Fahrzeuge über ihre gesamte Lebensdauer sicherzustellen.

Frage 3: Für welchen Zeitraum wird beabsichtigt, die Ausschreibung für neue Bewerber bzw. auch neue Angebote bisheriger Bewerber zu den neuen Ausschreibungsbedingungen zu öffnen?

Antwort zu 3.: Die Bewerbungsfrist endet am 10. Juni 2013.

Frage 4: Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde die Dauer dieser „Öffnungsfrist“ bestimmt?

Antwort zu 4.: Die Bewerbungsfrist bestimmt sich nach den Vorgaben von § 10 VOL/A. (Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A).

Frage 5: Wer wurde alles einbezogen bei der Entscheidungsfindung zu dieser Vorgehensweise?

Antwort zu 5: Die Entscheidung wurde von den zuständigen Ressorts der Länder Berlin und Brandenburg unter Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vorbereitet und getroffen. An der Vorbereitung der Entscheidungsfindung waren ferner der Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB) - als Vergabebüro -, eine beratende Anwaltskanzlei und das Center Nahverkehr Berlin (CNB) beteiligt.

Frage 6: Wer hat den Senat in Bezug auf die gescheiterte Ausschreibung beraten?

Frage 7: Wer berät den Senat nunmehr in Bezug auf die sogenannte „Heilung“ der Ausschreibung?

Antwort zu 6 und 7: Es gibt keine „gescheiterte“ Ausschreibung, denn nach Einschätzung der Länder hätte das ursprüngliche Vergabekonzept sehr gute Chancen gehabt, vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) als europarechtskonform bestätigt zu werden. Jedoch war es aus Zeitgründen nicht vertretbar, diese Entscheidung abzuwarten.

Die Länder haben den VBB wie bei allen Schienenpersonennahverkehr (SPNV)-Vergaben als Vergabebüro beauftragt. Das CNB unterstützt das Land Berlin generell in seiner Funktion als Aufgabenträger und hat die Vergabekonzeption unter verkehrswirtschaftlichen Aspekten mit entwickelt. Als Rechtsberater hatten die Länder die Kanzlei Müller-Wrede & Partner beauftragt; seit März ist die Kanzlei BBG und Partner beratend tätig.

Frage 8: Wie lange hat sich das Verfahren durch die gerichtliche Auseinandersetzung mit der S-Bahn-Berlin GmbH verzögert?

Antwort zu 8: Das Verfahren hat sich um ca. ein halbes Jahr verzögert.

Frage 9: Welche Umstände könnten die Bestellung von S-Bahn-Zügen im Jahr 2014 verzögern oder ist die Bestellung im Jahr 2014 in jedem Fall gesichert?

Frage 10: In welchen Jahren werden nach dem aktualisierten Zeitplan wie viele neue Züge einsatzfähig sein?

Frage 11: Wie viele Züge werden nach Ansicht des Senats 2017, 2018, 2019 und 2020 einsatzfähig sein? Bitte separat nach Jahren auflisten.

Antwort zu 9, 10 und 11: Zu den Fragen 9-11 können derzeit keine belastbaren Angaben getroffen werden. Der Beschaffungsauftrag kann vom erfolgreichen Bieter aufgelöst werden, sobald der Zuschlag erteilt wurde. Wie schnell das entsprechende Verhandlungsverfahren abgeschlossen werden kann, hängt von der Anzahl der Bieter und der Qualität der Angebote sowie eventuellen Nachprüfungsverfahren ab.

Berlin, den 19. April 2013

In Vertretung

Christian Gaebler

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. Mai 2013)